



Initiative für Transparenz und Demokratie

LobbyControl · Wilhelm-Mauser-Str. 45 · 50827 Köln

Tel.: 0221/ 169 65 07

Mail: u.mueller@lobbycontrol.de

Web: www.lobbycontrol.de

An die
Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland
Dr. Angela Merkel
Bundeskanzleramt
Willy-Brandt-Straße 1
10557 Berlin

Köln, 21.08.2007

Offener Brief zu Lobbyisten in Ministerien

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin Merkel,

wir wenden uns an Sie mit der Bitte, die Mitarbeit von Lobbyistinnen und Lobbyisten in den Bundesministerien zu beenden und Transparenz über die bisherigen Fälle zu schaffen. Aus demokratischer Sicht ist es nicht vertretbar, dass Vertreterinnen und Vertreter von Unternehmen und (Wirtschafts)Verbänden in den Ministerien arbeiten.

Sie sind dort Diener zweier Herren und wirken direkt oder indirekt an Gesetzen oder anderen politischen Prozessen mit, die eigentlich ihre Unternehmen oder Branchen regulieren sollen. Damit wird der Grundgedanke des Grundgesetzartikels 33 unterlaufen, der festschreibt, dass Staatsdiener in einem Treueverhältnis zu ihrem Dienstherrn stehen sollen. Durch den Einblick in interne Abläufe, Kenntnisse vertraulicher Themen und das Knüpfen persönlicher Kontakte entstehen den entsendenden Unternehmen außerdem Vorteile, die weit über die konkrete Tätigkeit im Ministerium hinaus reichen.

Nach den Berichten des ARD-Magazins Monitor im letzten Herbst gab es eine Welle kritischer Berichterstattung und öffentlicher Empörung. Allerdings hat die Bundesregierung keine konkreten Schritte unternommen, um diesen einseitigen Zugang für spezifische (Wirtschafts)Interessen zu beenden.

Stattdessen setzen die Bundesministerien weiter auf Intransparenz. Das zeigte sich jüngst bei Anfragen von LobbyControl an das Bundesgesundheitsministerium (BMG). Wir haben versucht, vom BMG eine Aussage zu einer Mitarbeiterin des „Internationalen Netzwerk Gesundheitspolitik“ der Bertelsmann-Stiftung zu bekommen, die derzeit an das Gesundheitsministerium entliehen ist. Das Ministerium verweigerte dazu jede Auskunft, da man sich zu internen Personalien nicht äußere. Diese Blockadehaltung ist aus unserer Sicht inakzeptabel. Die Mitarbeit von externen Akteuren in den Ministerien ist mehr als eine interne Personalie. Hier geht es um privilegierten Einblick und Einfluss für einzelne gesellschaftliche Interessen.

Bankverbindung

Konto: 8046200

BLZ: 37020500

Bank für Sozialwirtschaft, Köln

Wir bitten Sie deshalb, sich dieser Problematik anzunehmen, und fordern von der Bundesregierung:

1. Lobbyisten raus aus den Ministerien!

Die Beschäftigung externer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Ministerien muss beendet werden. Die Bundesregierung muss weiteren Fällen dieser Art einen Riegel vorschieben. Dafür muss eine verbindliche Regelung geschaffen werden, die es verbietet, externe Mitarbeiter, die vom entsendenden Unternehmen weiter bezahlt werden, in den Ministerien zu beschäftigen.

2. Offenlegung aller Informationen!

Die Bundesregierung muss alle Informationen über die Mitarbeit von Lobbyisten in Ministerien lückenlos offen legen. Wann genau haben externe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an welchen Themen gearbeitet? Haben sie an Gesetzen oder staatlichen Verordnungen mitgewirkt? Wer waren die Mitarbeiter in den Ministerien und für welche Unternehmen und Verbände haben sie gearbeitet?

3. Transparente und demokratische Wege zu externem Sachverstand!

Externer Sachverstand soll stattdessen auf demokratischem Weg eingeholt werden, z.B. über Anhörungen oder andere Beteiligungsverfahren, die einen gleichberechtigten und offenen Zugang aller gesellschaftlicher Interessen ermöglichen. Der Austausch zwischen Regierung und Gesellschaft ist sinnvoll, aber er kann nicht durch die einseitige Entsendung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus Unternehmen und (Wirtschafts)Verbänden in die Ministerien erfolgen.

Wir hoffen, dass Sie als Bundeskanzlerin Ihrer Verantwortung gerecht werden und für ein Ende dieser organisierten Verflechtung zwischen Bundesregierung, Unternehmen und (Wirtschafts)Verbänden sorgen.

Mit freundlichen Grüßen,



Ulrich Müller

Geschäftsführender Vorstand